



„Es fehlt eine konsequente Politik“

Interview mit Prof. Stephan Thomsen, Leiter des Niedersächsischen Instituts für Wirtschaftsforschung (NIW), über die wirtschaftlichen Wachstumschancen in Niedersachsen und die Verschuldung der öffentlichen Haushalte.

Interview: Sven Grünewald Fotografie: Marco Bühl

Wo sehen Sie in Niedersachsen Wachstumsbereiche oder branchenbezogene Wachstumschancen?

Die Metropolregionen sind dafür sehr wichtig. Das betrifft zum einen den Einzugsbereich von Hamburg im Norden mit den Schwerpunkten Logistik und Energie. Die Region Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg hat ihre Stärke im Bereich Antriebs- und Verkehrskonzeption. Des Weiteren gibt es die Region Oldenburg und Bremen im Nordwesten, die durch den Jade-Weser-Port wichtige Weichen gestellt bekommt und für die sich zum Beispiel beim Aufbau von Offshore-Windparks Chancen ergeben. Im Süden und Südosten hingegen sieht man die Folgen des demografischen Wandels bereits sehr deutlich. Die strukturellen Unterschiede sind jedoch primär eine politische Frage. Die Politik muss entscheiden, wie viele und welche Unterschiede sie haben möchte.

An den Jade-Weser-Port knüpfen sich große Erwartungen. Sind die realistisch?

Hohe Erwartungen sind bei einem Infrastruktur-Projekt dieser Größenordnung selbstverständlich, es geht schließlich um fast eine Mil-

liarde Euro. Der Seeverkehr ist in den letzten Jahren in Folge der Wirtschaftskrise von 2008 eingebrochen und hat sich noch nicht wieder erholt. Auf der anderen Seite braucht so ein Infrastrukturprojekt natürlich Zeit. Die strategische Entscheidung, dort ein Tor für den gesamten Umschlag für Deutschland, aber auch für Ost- und Mitteleuropa zu errichten, ist für die Region wichtig. Das Hafenkonzzept muss aber auch mit Hamburg und Bremerhaven abgestimmt sein.

Wo sehen Sie in den kommenden Jahren wirtschaftspolitische Handlungsnotwendigkeiten und Schwerpunkte?

Ich will zwei Schwerpunkte nennen. Der erste ist der Fachkräftemangel. Länder wie Bayern haben hier schon länger Probleme und dementsprechend bereits Programme entwickelt, um dem entgegen zu wirken. Die seit Jahren beobachtbare Abwanderungsbewegung in den Süden kommt nicht nur daher, dass die Einkommen und das Wetter dort besser sind. Diese Regionen betreiben aktiv Programme zur Ansiedlung. Deshalb muss man auch in Niedersachsen attraktive Arbeitsbedingungen schaffen, zum Beispiel durch Partnerschaf-



ten zwischen Ausbildungsinstitutionen und Betrieben, durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie gezielte Werbung und Information in der Schule. Die Vielfalt der Möglichkeiten ist da, sie muss aber stärker genutzt werden. Der zweite Schwerpunkt ist die Energiewende. Dabei liegt die größte Gefahr in einer unbeständigen Wirtschaftspolitik, insbesondere auf Bundesebene. Eine Subventionspolitik, die einen Bereich subventioniert und dann nach ein paar Jahren damit aufhört, ohne es frühzeitig anzukündigen, führt zu zusätzlichen, unkalkulierbaren Risiken für die Unternehmer. So kommt es, dass Unternehmen sich ansiedeln, aber noch nicht in der Gewinnphase sind, wenn die Subventionen wegfallen und sie deshalb insolvent werden. Bei den Offshore-Windparks könnte dies der Fall sein, denn bislang fehlen ausreichende Darlehen oder Grundlagen, um die hohen Investitionskosten abzusichern. Wir brauchen ein tragfähiges langfristiges Konzept und eindeutige Rahmenbedingungen, an denen sich die Wirtschaft orientieren kann.

Wie viel Spielräume hat das Land überhaupt?

Bei der Energiefrage hat das Land natürlich zunächst über den Bundesrat eine große Mitsprache. Und an der Offshore-Energie, die hier in Niedersachsen erzeugt wird, hat man natürlich auch ein Mitspracherecht. Das Land kann darauf drängen, dass man zu einem bundesweiten Energiekonzept kommt und das ist hier in Niedersachsen eine der wesentlichen Bestimmungsgrößen. In Bezug auf den Fachkräftemangel hat das Land bei Themen wie der Vereinbarkeit von Beruf und Familie seinen Gestaltungsspielraum zum Beispiel in der Bereitstellung von Kitaplätzen. Aber auch die Bildungspolitik ist für die Fachkräftefrage relevant und hier hat das Land die Entscheidungshoheit. Generell gilt: Wenn man eine Reform umsetzt,

muss man sie auch evaluieren und eventuelle Verbesserungen vornehmen. Ein uninformatives Hin und Her, ein quasi ständiges Experimentieren, ist nur schädlich.

Der demografische Wandel ist im Harz und Solling akut. Gibt es politische Mittel, da gegenzusteuern?

Den Bevölkerungsverlust zu kompensieren ist schwierig, aber man kann theoretisch auch zurückbauen und bewusst entscheiden, dass man bestimmte Regionen anders aussehen lässt. Im Grundgesetz gibt es den Grundsatz gleichwertiger Lebensverhältnisse. Die Frage ist, ob so etwas künftig immer opportun ist. Das sind politische Fragen. Länder wie Kanada und Australien machen es vor. In Toronto hat man beispielsweise Zugriff auf eine gute Versorgung, die von der Gemeinschaft getragen wird. Bewohner von Nordontario haben diese Versorgung nicht und erwarten sie auch nicht.

Was sind in den nächsten zehn bis 15 Jahren die „großen Brocken“ für die Kommunen?

Das ist die Einnahmenseite, insbesondere Steuern aus privaten Einkommen. Sie steigen, wenn das Einkommen steigt. Allerdings hat die Ungleichheit in der Einkommensentwicklung zugenommen. In den letzten Jahren sind höhere Einkommen stärker gewachsen als niedrige, gleichzeitig ist der Anteil derjenigen, die keine Steuerlast tragen, weil ihr Einkommen unterhalb des Steuerfreibetrags liegt, ebenfalls gestiegen. Die höchsten Einkommen tragen absolut zwar die höchste Steuerlast, doch betrifft dies nur wenige Personen. Im Vergleich der Einkommensanteile der Kommunen von 2005 zu 2010 zeigt sich, dass es einen Anstieg gab. Tatsächlich sind mehr Steuern eingenommen worden, aber wir haben im ländlichen Bereich in Niedersachsen deutlich geringere Einkommensanteile als

im bundesweiten Durchschnitt. Daher führen die geringeren Einnahmen in den niedersächsischen Kommunen auch zu einem kleineren Spielraum bei den Ausgaben.

Wenn man auf der einen Seite die Verschuldung der öffentlichen Haushalte hat, gleichzeitig aber ein Instrument wie die Schuldenbremse implementiert, gibt es noch genügend finanzpolitischen Spielraum, dieser Entwicklung gegenzusteuern?

Eine Schuldenbremse wäre nicht notwendig, wenn wir eine Haushalts- und Ausgabendisziplin hätten, die funktionieren würde. Aber es fehlt eine konsequente Politik, die die langfristige Haushaltspolitik in den Vordergrund stellt. Zugegeben, eine solche Politik ist außerordentlich schwierig, da sie kurzfristig nicht mehrheitskonform ist. Sie würde unpopuläre Entscheidungen fordern, wo nicht

investiert oder nachgegeben werden kann. Dies gilt für den Bund wie das Land gleichermaßen. Daher braucht man einen Automatismus wie die Schuldenbremse, die dort greift, wo die Haushalts- und Ausgabendisziplin versagen würde. Der Preis ist die Einschränkung der Flexibilität.

Halten Sie angesichts dieses Sparzwangs Länder wie Bremen noch für überlebensfähig?

Insbesondere in den 1990er Jahren gab es verschiedene Vorschläge zur Reformierung des Bundesgebiets, um das Stadtstaatenproblem zu bereinigen. In Berlin-Brandenburg ist die Fusion 1996 aber am Bürgerentscheid gescheitert. Ökonomisch ist die Situation natürlich fragwürdig, die Stadtstaaten haben hohe Ausgaben, niedrige Einnahmen und keine Fläche. □

Prof. Stephan Thomsen ist seit Oktober 2011 wissenschaftlicher Leiter und Geschäftsführer des Niedersächsischen Instituts für Wirtschaftsforschung (NIW). Zudem ist er Professor für Angewandte Wirtschaftspolitik an der Leibniz Universität Hannover, Research Associate am ZEW Mannheim und Mitglied der Lenkungsgruppe der Expertenplattform Demographischer Wandel im Land Sachsen-Anhalt am WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt.